

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 206. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.
Zweite Ausgabe
Dienstag, 4. Mai 1909.

Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 264/100.
Verantwortl. Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Aus der Türkei.
Auf eine kriegerische Verfügung ist das Erscheinen des Konstantinopeler Blattes „Ismat“, dessen Verleger und Chefredakteur gestiftet hat, suspendiert worden. Es ist festgestellt worden, daß die Meuterei in Marine-Ministerium und der Mannschaft des Marinebataillons und militärischen Unteroffizieren ausging, das sie sich gegen den Marine-Minister gekehrt war und ihr sich einige Marinepolitisten angeschlossen.

Um die durch die Meuterei in den Vilajets Adana und Aleppo erregte Unruhen zu beruhigen, haben an der am 2. Mai in Konstantinopel abgehaltene, zehntägigen Versammlung der ersten Ministern des Sultans, Minister Ruz, ferner Nispi und Enver Bey sowie der Deputierten der Vilajets Minister zufolge bewilligte der Minister an der Versammlung für Adana und Maras eine Unterstufung von 30 000 Mann und beschloß die Entsendung von Konstantinopel gebildeten Kriegsgeschieden. Nach einer Depesche des Wali von Adana befreit sich die Lage.

Epäter erfahren wir noch aus Konstantinopel unterm 3. Mai: Die von wohlunterrichteter Seite verlautet, beschloß der Minister, dem höchsten Teil des Vilajets Yemem die Autonomie zu erteilen, um den ständigen Unruhen unter den Arabern ein Ende zu machen. Mit Rücksicht auf die einträgliche Werbung, daß in den Vilajets Erzurum, Diarbekir und Erzingan ähnliche Meutereien wie in Adana vorgefallen seien, wurde an die dortigen Behörden der Befehl erteilt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Ausbruch von Unruhen zu verhindern. Ferner beschloß der Minister, zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Bekämpfung der Schulden sieben-tausend Mann makedonischer Truppen nach Adana zu entsenden. — In amtlichen Kreisen gilt die Ernennung Hilmi's zum Großvezier für unmittelbar bevorstehend. Der gegenwärtige Befehl des Kabinetts wird jedoch außer dem Wechsel des Großveziers nur zwei Veränderungen erfahren, von denen die eine in der Ernennung des Vize-Vizekönigs zum Großvezier zum Vizekönig besteht.

Die türkische Deputation in Maras überwiegt die Delegation betreffend eine sechsprozentige Anleihe in Höhe von 300 000 Pfund der Finanzkommission und trat sodann in die allgemeine Vorbereitung über die Verfassungsänderung ein. Von Seiten der Bulgaren und Griechen wurde gegen Artikel 1 der Verfassung protestiert, welcher als Basis des Konstantinopeler Einkommens im letzten mitteilbar wird. Der Vizekönig erklärte sich gegen den Artikel, vom Senat, der in seiner jetzigen Form einen Teil des absolutistischen Charakters darstellt und befragte die Abstammung des Senats oder die Wahl seiner Mitglieder durch die Bevölkerung. Der Vizekönig erklärte überaus mit, es sei ein Teil der Verfassung des Konstantinopeler Einkommens im letzten mitteilbar wird. Der Vizekönig erklärte sich gegen den Artikel, vom Senat, der in seiner jetzigen Form einen Teil des absolutistischen Charakters darstellt und befragte die Abstammung des Senats oder die Wahl seiner Mitglieder durch die Bevölkerung.

Die Redaktionschefs laufen noch folgende Telegramme ein:
Frankfurt a. M., 3. Mai. Aus Konstantinopel wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: Die Verhandlungen der Worte der Ottomaniens Bank und der Deutschen Bank über einen Kredit von 300 000 Pfund wurden suspendiert. Man bringt dies in Zusammenhang mit dem gestrigen Fund einer Anzahl Aktien mit Gold und fünf Pfund Scheine in Konstantinopel. Diefen wurden heute von der Kommission der Bank in Konstantinopel, die den Ankauf der Aktien in Konstantinopel, 3. Mai. Die heute in der Kammer der Abgeordneten gefasste Verfassungsrevision umfasst die folgenden Hauptpunkte folgende Bestimmungen: Der Sultan hat die Befugnis, nach der Thronbesteigung vor dem Parlament die Verfassung und das Scherke. Er erkennt die Verfassung und den Scherke an. Der Großvezier hat das Recht, den Scherke zu ernennen, wenn die Kammer der Abgeordneten auspricht. Wird die Kammer aufgelöst, so wird innerhalb dreier Monate Neuwahlen stattfinden. Die Kammer der Abgeordneten wird aufgelöst. Gegen die Verfassung oder die Verfassung des Senats gerichtete Verordnungen sind unterworfen. Die Kammer der Abgeordneten hat die Befugnis, die Verfassung des Senats zu ändern, wenn jedoch die neue Kammer die Verfassung des Senats abändert, so ist deren Entscheidung bindend. Die Session dauert sechs Monate. Der Senat besteht aus 100 Mitgliedern, von denen ein Drittel vom Sultan ernannt wird. Der Senat wählt seinen Präsidenten, der für zwei Jahre im Amt bleibt. Die Senatssitzungen sind öffentlich. Das Recht des Sultans, Staatsgefährliche Personen in die Verbannung zu schicken, wird aufgehoben.

Konstantinopel, 3. Mai. Die auswärts verbreitete Meldung, daß man in türkischen Kreisen ganz sicher eine Aenderung der Thronbesteigung zugunsten des Sohnes des neuen Sultans Zia Eddin erwarte, ist vollkommen unbegründet. — Der österreichisch-ungarische Kreuzer „Zenta“ ist vom Piräus nach Mexiko abgegangen.

Deutsches Reich.
* Der heute zusammengetretene Seniorensenat des Reichstages will dem Plenum vorschlagen, ausgenommen heute, Dienstag, in der laufenden Woche keine Sitzungen abzuhalten und die Finanzkommission in ihrem Wünsche unterliegen, ihre Arbeiten möglichst rasch abzuschließen.
* Die Abfahrt der Majestäten von Korfu nach Malta ist auf den 9. Mai vormittags festgesetzt. Die Abkunft in Malta erfolgt am 10. Mai morgens 9 Uhr, die Abfahrt von Malta nach Brindisi am 11. Mai morgens.

* Das Kaisertelegramm an den König von Bulgarien. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Eingige Wäiter befehligen sich mit dem von Sr. Majestät dem Kaiser an den König von Bulgarien gerichteten Telegramm wider der Annahme, daß dieses Telegramm durch die offizielle Berichterstattung unterdrückt worden sei. Zu einer solchen Unterdrückung hätte kein Anlaß vorgelegen. Der Wortlaut des Telegramms ist wie irtümlichen Vermutungen gegenüber ausdrücklich festgestellt. Sr. Majestät von der anhängigen Stelle vorgelesen worden. Der „Berliner Lokalztg.“ schreibt: Die aus Sofia kommenden Nachrichten der bulgarischen Presse über das Gläubigertelegramm, das der Kaiser an den König Ferdinand gerichtet hat, sind darnach angetan, Veränderung herbeizuführen. Der unbenannte Verfasser vermag in dem Eingang des Telegramms nichts anderes zu erkennen, als den Ausdruck des Vertrauens in die Souveränität der bulgarischen Regierung. Hatte in Berlin ein Zweifel in dieser Richtung bestanden, so wäre nach unserer Meinung die Absendung des Telegramms überhaupt nicht möglich gewesen. Bei näherer Prüfung wird die bulgarische Presse zweifellos erkennen, daß ihre Aufregung grundlos gewesen ist. Diese Annahme erhebt sich umsonst, als noch uns vorliegenden Nachrichten die bulgarische Regierung die missverständliche Auffassung der Sofiaer Presse feindselig stellt.“

* Dem Reichsanwalt Fürsten v. Bülow sind zu seinem Geburtstag von allen Seiten Glückwünsche in außerordentlich großer Zahl zugegangen. Aus Korfu traf ein Telegramm ein, in dem der Kaiser den Fürsten in warmen Ausdrücken beglückwünscht und ihm seines Vertrauens versichert. Als Geburtstagsgeschenk ließ der Kaiser dem Reichsanwalt sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift zugehen. Ferner gratulierten die Fürsten des künftigen Jahres, der Großherzogin von Bayern, Prinz Ludwig von Bayern, der Großherzogin von Baden, der Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Großherzogin von Oldenburg, der Herzogin von Braunschweig, der Königin von Rumänien und andere Fürstlichkeiten. Die Zahl der einlaufenden Telegramme und Briefe aus dem Inn- und Ausland ist unübersehbar.

* Zum Tode des Freiherrn von Wittnadt. Der „Württembergische Staatsanzeiger“ schreibt zu dem Tode des früheren Ministerpräsidenten Freiherrn von Wittnadt: Mit dem Freiherrn von Wittnadt scheidet aus dem Kreise der Lebenden wohl der letzte der deutschen Staatsmänner, die an der Gründung des Deutschen Reiches in leitender Stellung unmittelbaren Anteil genommen haben. Ein in seiner Persönlichkeit selbst denkwürdiger Jüngling seiner großen Zeit, in der er seinen Geistesleben mit dem ganzen deutschen Volke in seinem Teil überaus wichtige und wertvolle Dienste geleistet hat. Es scheidet mit ihm ein Minister, der Jahrzehnte lang auf die Geschicke des Reiches einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hat wie wenige vor ihm. Diese Tatigkeit beherrschte eine einundachtzigjährige Laufbahn, die die Fülle und der Stolz Württembergens gewesen ist.

* Zum Streit zwischen Krankeisen und Netzen in Köln. Unter dieser Überschrift etwas geht in den letzten Tagen ein Bericht aus Köln durch die Tagespresse, welcher beginnt: „Zum Streit zwischen dem Kölner Krankeisenwerk und dem dortigen „Kerzeverein“ veröffentlicht dieser eine Erklärung, in der eine Aenderung des Statutenbuches zum Zwecke der Vermeidung eines Standes und der Allgemeinheit gefordert wird, damit es den Kräfte ermöglicht werde, ihren Pflichten unabhängig von den Dröben und dem Willen einer einseitigen Standesvertretung nachzukommen.“ Es wird weiter Einpruch erhoben gegen die Tätigkeit der hiesigen sowie der fremdländischen Kräfte. Dagegen besteht der „Kölner Kerzeverein“ lediglich aus dem, zum großen Teil von auswärts bezogenen Kräfte, welche sich gegen die eingesehene Kölner Kräfte der Krankeisenwerk zur Verfügung gestellt haben. Der „Kölner Kerzeverein“ geht also mit dem dortigen Krankeisenwerk Hand in Hand, und so ist es ohne weiteres erklärlich, daß es sich in einer öffentlichen Kundgebung gegen die hiesige und sonstige Organisation der Deutschen Kräfte wendet. Zu der letzteren steht der „Kölner Kerzeverein“ in keiner Beziehung.

Die „Holl. Ztg.“ hatte von dem Kölner Bericht an die Presse Kenntnis genommen, weil die zum mindesten unklare Fassung derselben geeignet war, zu falscher Auffassung zu verleiten.

Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 3. Mai, 11 Uhr.
Am Ministertisch: Bever, Raumann.
Die zweite Lesung des

Aufsetzels
wird beim Kapitel Universitäten fortgesetzt.
Abg. Hadenberg (ntl.) bittet um Erstattung einer Professur für Neurechtlich in Berlin.

Abg. v. Raumann-Großhennau wünscht einen Lehrstuhl für Kolonialwissenschaften in Berlin.
Abg. Laskowski (ntl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Gieshoff über Professor Silliger zum Jahrganglichen Institut in Berlin. Die Gutachten, auf die Abg. Gieshoff sich berufen hat, seien mehrere Jahre alt.

Abg. Gieshoff (rtl. Sp.): Ich habe nur die Ansichten von Sachverständigen vorgelesen. Die Wichtigkeit dieser Gutachten ist mir erst vor einigen Tagen bekannt von einem Herrn, der wahrscheinlich mit dem Verfasser der Gutachten identisch ist. Die Ansichten über die wissenschaftlichen Leistungen des Herrn Silliger sind also gefehlt.
Beim Titel „Zufuß für die Universität in Greifswald“ wünscht

die Abg. v. Hennigs-Tschin (konf.) und Neuwald (konf.) einen Neubau für die Kinderklinik in Greifswald, deren jetzige Zustände jeder Verbesserung bedürftig sind.
Beim Titel „Zufuß für die Universität in Breslau“ fragt Abg. Straßer (konf.) über unzureichende Nummernschritte in allen Preussischen Universitätsgebäude. Auch an Interdisziplinären Mitteln fehle es. Jeder bessere Zehnjährliche habe mehr Instrumente als das ganze Jahrgangliche Institut.
Ministerialdirektor Raumann plant, so schämen könne es doch nicht sein.

Beim Titel „Universität Kiel“ beudert: Abg. Hoff (rtl. Sp.) die Zurücklegung der Universität Kiel gegenüber anderen Universitäten. Auch das Kieler Jahrgangliche Institut solle zu mindern föhig.
Beim Titel „Universität Marburg“ bemängelt

Abg. Dr. Lehmann (ntl.) die Inzulänglichkeiten der Räume der Marburger Universitätsbibliothek und fordert Abstellung der Mängel in den nächsten Etat.
Abg. v. Negelein (konf.) schließt sich diesen Ausführungen an und fordert ferner eine Erweiterung des dortigen Anatomischen und eine Verbesserung des Physiologischen Instituts.

Abg. Dr. Schröder-Krause (ntl.) äußert sich in gleichem Sinne und verlangt Erstattung eines Schriftsatzes für soziale Medizin in Marburg. Bei den medizinischen Prüfungen müsse auf die soziale Medizin mehr Gewicht gelegt werden. Minister solle habe die Erstattung des erdachten Schriftsatzes bereits zu befehlen.
Beim Titel „Universität Münster“ fordert

Abg. v. Oescher (konf.) den vorläufigen Ausbau der Universität Münster. Die heute erst eine Siebenadtel-Universität ist. Die medizinische Fakultät insbesondere bedürfe der Verwirklichung. Der Geldpunkt dürfe nicht maßgebend sein, um so weniger, als die Kosten erst in einigen Jahren im Etat zur Erreichung kommen würden. Der Staat habe die Universität Münster gegenüber einer moralische Verpflichtung, da er seinerzeit einen Teil des Ministerialen „Studienfonds“ — einer wohlthätigen Stiftung, aus der die frühere Universität Münster unterhalten wurde — zur Begründung und Ausgestaltung der Universität Bonn verwendet habe.

Abg. Schuchting (Centr.) Der Ausbau der medizinischen Fakultät in Münster zu einer vollen Fakultät muß so sicher kommen wie im Reich die Finanzreform. (Schallende Heiterkeit.)
Gesamrat Dulacquer erwidert, daß Anregungen wegen Ausbaus der medizinischen Fakultät in Münster vom Kultusministerium an das Finanzministerium nicht gelangt seien. Die Provinz Westfalen habe große Bedeutung für den Staat. Aber das gemeinliche Wagnis der Steuerkraft wäre doch nicht gut zu heißen. Um übrigen müsse man bei Wünschen auf Studienangelegenheiten sich auch verwegemühen. Das man nicht das geistige Proletariat vermehren dürfe. (Oho!)

Abg. v. Oescher (Centr.) Die Ausgestaltung der Universität Münster werde ernstlich geprüft ohne Rücksicht auf die Finanzlage. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß die Verwirklichung im letzten Jahre zurückgegangen sei.

Abg. v. Oescher: Die wehrsamste Bewegung der Westfälische beweist nicht, die Wehrsamkeit in Münster wird auch wieder in die Höhe gehen. Die Bemerkung, die Bemerkung der Universitäten führe zur Steigerung des geistigen Proletariats, wäre zum mindesten verfehlt. (Lebh. Zustimmung.) Wird die Ausgestaltung der Universität Münster nicht durchgeführt, so würden einfach viele Studenten fort in Münster in Bonn oder Berlin studieren. (Sehr wahr!)

Abg. Borgmann (Soz.) verurteilt die Steigerung der Zinsen und Pflegen in der Charite zu Berlin. Diese Kostenübernahme werde gerade unter wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen schwerlich empfinden.
Ministerialdirektor Raumann: Zugucken ist, daß zwei Millionen für innere Krankeisen augenblicklich mangelfertig untergebracht sind. Dröben sind aber jetzt vorhanden im Ganzen, die noch nicht beendet sind. Wir können hier nur schrittweise vor gehen mit den Bauten. Diese beiden Millionen, die jetzt im Bau begriffen sind, betragen 125 Millionen entfallen.

Abg. v. Armin (konf.): Die Einzelgebäude des Abg. Borgmann hat der Kommisar besprechend zurückgegeben. Der größere Teil der Charite ist bereits als Neubau bezweckelt. Wenn in dem noch nicht umgebauten Teil nichts alles so ist wie in einem Neubau, so ist dies doch nicht auffällig. Die Charite Berlin hat über 100 000 Kranke im Jahre umfassen, ein großes Opfer, das die übrigen Steuerzahler zu begreifen haben. Die Charite kostet dem Staat jährlich mindestens 1 1/2 Millionen. Die

